

**Bericht der Bund/Länder offene-Arbeitsgruppe
Zivile Verteidigung / Zivil-Militärische Zusammenarbeit
(BLoAG ZV/ZMZ)
für die 223. IMK vom 11. bis 13. Juni 2025 in Bremerhaven**

TOP 57 – Zivile Verteidigung stärken

A. Auftrag

Im Rahmen ihrer 220. Sitzung hat die IMK unter TOP 84 (Zivile Verteidigung stärken: Auswirkungen internationaler Beistandsverpflichtungen aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges auf die Ukraine auf die Innenressorts der Länder) unter Ziffer 4 die Bundesregierung gebeten, zur Weiterentwicklung der Grundlagen und Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) eine Bund/Länder offene-Arbeitsgruppe (BLoAG) unter Beteiligung von BMI und BMVg einzurichten.

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die Arbeiten der BLoAG ZV/ZMZ. Er knüpft an den Sachstandsbericht vom 4. Juni 2024, an die Papiere „Kurzdarstellung“ (20.12.2024) und das „Erweiterte Krisenmanagement in der Zivilen Verteidigung“ (24.01.2025) sowie an den AK V-Beschluss und nunmehr IMK-Beschlussvorschlag (siehe IMK-TOP 53) an.

B. Aufgabenverständnis

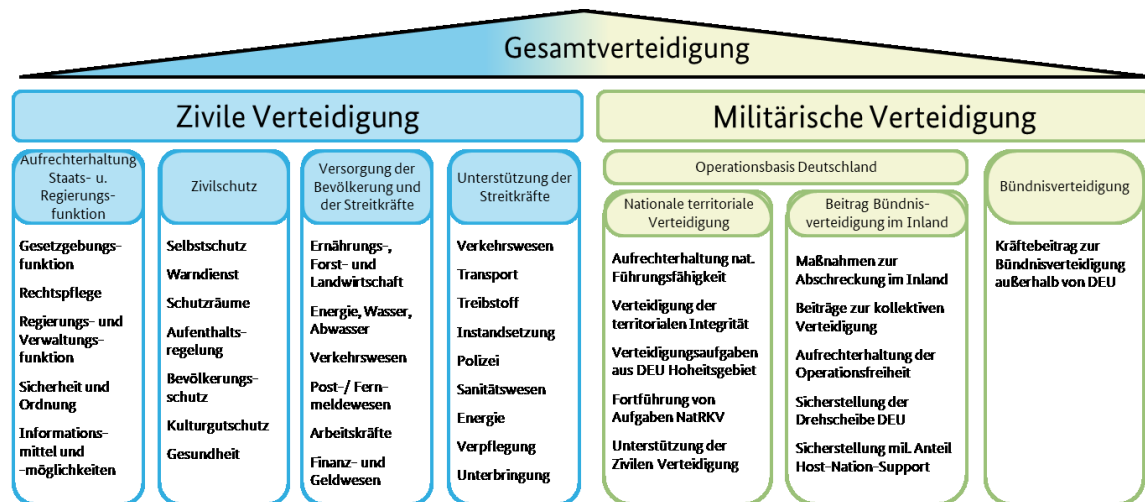
Ausgangspunkt für die Planungen zur Gesamtverteidigung ist die nationale Gefährdungsbewertung, die gemeinsam mit den NATO-Bündnispartnern vorgenommen wurde. Russland hat auf eine Kriegswirtschaft umgestellt und rüstet viel stärker auf, als es der Krieg in der Ukraine erforderlich macht. Nach dieser Bewertung kann ein Angriff Russlands spätestens ab 2029 auf das NATO-Bündnisgebiet nicht mehr ausgeschlossen werden. Deutschland ist bereits heute Ziel von hybriden Angriffen, wie Cyberangriffen, Ausspähungen, Desinformationskampagnen und Sabotageakten, mit dem Ziel unsere Gesellschaft zu destabilisieren.

Gesamtverteidigung ist die Summe aus Ziviler und Militärischer Verteidigung, deren Planung und Vorbereitung verzahnt erfolgen muss, um eine wirksame Abschreckung zu erreichen. Aufgabe der Zivilen Verteidigung ist es dabei, für resiliente Strukturen in Verwaltung und Wirtschaft sowie insgesamt für eine resiliente Bevölkerung zu sorgen. Ziel ist es, Deutschland zivilverteidigungsfähig zu machen. Dies ist essenzielle Grundlage für eine durchhaltetfähige Gesamtverteidigung.

Militärische Verteidigung ist ohne Zivile Verteidigung nicht leistbar. Der militärische OPLAN DEU ist der Anknüpfungspunkt der Streitkräfte zu den Maßnahmen der Zivilen Verteidigung. Er kann militärisch nur bei umfangreicher ziviler Unterstützung umgesetzt werden und hat damit erhebliche Auswirkungen

auf die zivile Seite. Denn was bislang lediglich abstrakte Fähigkeitsbeschreibung war, muss jetzt konkret ausgewiesen, geplant und beübt werden.

In der BLoAG ZV/ZMZ bearbeiten die Innenressorts von Bund und Ländern in enger Kooperation mit dem BMVg alle Säulen der Zivilen Verteidigung (unter Einbeziehung von BBK, THW und Bundeswehr): (I.) Die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, (II.) den Zivilschutz, (III.) die Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte sowie (IV.) die Unterstützung der Streitkräfte.



Die BLoAG ZV/ZMZ identifiziert relevante Themen, adressiert sie an zuständige Fachgremien und Ressorts oder bearbeitet Themen in Unterarbeitsgruppen selbst (derzeit: Recht, Schutzraumkonzepte, Risiko- und Krisenkommunikation). Auch die Einbindung der kommunalen Ebene wird thematisiert.

Die Einbindung der polizeilichen Gefahrenabwehr wird über den Vorsitzenden des UA FEK sichergestellt, den der AK II in die BLoAG ZV/ZMZ entsandt hat. Zusätzlich bildet das Pendant zur BLoAG ZV/ZMZ für die Abstimmung und Weiterentwicklung des Krisenmanagements auf Bundesebene der Ressortkreis Nationales Krisenmanagement/Zivile Verteidigung (RK NKM/ZV).

Die rechtlichen Grundlagen müssen im Hinblick auf die veränderte Rolle Deutschlands neu bewertet und ggf. angepasst werden. Sowohl auf militärischer als auch auf ziviler Seite braucht es klare und belastbare Regelungen mit wirksamen Instrumenten, auch vor Feststellung eines möglichen Spannungsfalls.

Um die Gesamtverteidigung in Deutschland bis 2029 zu ertüchtigen, sind für den Beitrag der Zivilen Verteidigung die im folgenden Kapitel beschriebenen Maßnahmen aus Sicht der BLoAG ZV/ZMZ notwendig.

C. Maßnahmen

I. Säule: Aufrechterhaltung der Staats- u. Regierungsfunktionen

Dreh- und Angelpunkt für die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen ist die Gewährleistung der Kommunikation, Entscheidungs- und operativen Handlungsfähigkeit aller Ebenen. Für die Zivile Verteidigung Deutschlands ist der Aufbau einer neuen, kooperativen ständigen Stabsstruktur für ein wirksames Ressort- und Bund/Länder-übergreifendes Krisenmanagement erforderlich sowie ein gesichertes Kommunikationsnetz, das alle erforderlichen Ebenen einbezieht. Das durch den Krisenstab Inland im BMI für die Zivile Verteidigung zu erstellende Lagebild Inland wird zusammen mit dem militärischen Lagebild und dem Lagebild des Auswärtigen Amtes in die Gesamtbewertung des Nationalen Krisenstabs im Bundeskanzleramt einfließen.

1. Bewältigungsstrukturen Krisenmanagement

Es gilt gemeinsame koordinierende und ständige Stabsstruktur und Stabsverfahren auf Ebene des Bundes aufzubauen, in die die Länder eingebunden werden. Dies erhöht die effektive Reaktions- und Entscheidungsfähigkeit in der Zivilen Verteidigung sowie effektivere Koordinierung bei übergreifenden Lagen von nationalem Ausmaß in der bestehenden Kompetenzordnung zwischen Bund und Ländern.

Ausgangspunkt für das Ressort- und Bund/Länder-übergreifende Krisenmanagement sind die bestehenden Strukturen. Die Zusammenarbeit wird neben der BLoAG ZV/ZMZ im Ressortkreis Nationales Krisenmanagement und Zivile Verteidigung (NKM/ZV), sowie in weiteren Bund/Länder-Arbeitsgruppen (z.B. Zivile Alarmplanung - BLAG ZAPI) weiterhin intensiv fortgeführt. Neben anderen Übungsreihen wird auch in der langjährigen LÜKEX-Übungsreihe ressort- und ebenenübergreifend der Ernstfall geprobt. Die LÜKEX muss sich künftig auch mit Gesamtverteidigung und dem Schwerpunkt der Zivilen Verteidigung Deutschlands befassen und dabei alle planerischen Grundlagen sowie organisatorische und technische Aspekte einbeziehen. Bereits in der LÜKEX 2026 werden Fähigkeiten geübt, die auch in der Gesamtverteidigung zur Anwendung kommen.

2. Lagebilder – Entscheidungsgrundlage im Krisenmanagement

Künftig sollen zivile Lageinformationen des Bundes und der Länder, einschließlich Informationen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu einem bewerteten Lagebild Inland (Krisenstab BMI) zusammengeführt und mit dem militärischen Lagebild (Krisenstab BMVg) sowie dem Lagebild Ausland (Krisenstab AA) zu einem Gesamtstaatlichen Lagebild im Nationalen Krisenstab im Bundeskanzleramt zusammengeführt werden. Ein Schwerpunkt muss besonders auf den hybriden Gefahren liegen (z.B. Drohnenüberflüge und Cybergefahren). Eine verbesserte Koordination und Steuerung von Informationen

zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen zur Bewältigung von Krisen nationalen Ausmaßes wird vom AK V ausdrücklich unterstützt (vgl. Beschluss zu TOP 24 vom 15./16.04.2025) Der AK V empfiehlt der IMK die Umsetzung (siehe Beschlussvorschlag zu TOP 53).

3. Zivile Alarmplanung sowie Melde- und Lagewesen

Die Grundlagen für die Zivile Alarmplanung und das Melde- und Lagewesen müssen aktualisiert und erweitert werden, damit im Spannungs- und Verteidigungsfall die Behörden in Bund, Ländern und Kommunen schnell, effektiv und abgestimmt handeln können. Dies gelingt nur, wenn sie ihre eigene Handlungsfähigkeit auch in Krisenlagen sicherstellen. Vorbereitende Bestandteile müssen bereits nutzbar sein, bevor ein Spannungsfall festgestellt wird. Dies ist zur frühzeitigen Begegnung gegenüber hybriden Bedrohungen erforderlich und vermeidet die Notwendigkeit einer vorzeitigen Auslösung des Spannungsfalls.

Alle Dienststellen müssen dabei ihre Alarmkalender und ihre Alarmmaßnahmen so aufbauen und anpassen, dass auch die Unterstützungsbedarfe der Streitkräfte abgebildet werden. Ziviles und militärisches Alarmwesen sind aufeinander abzustimmen und das System der Zivilen Alarmplanung muss in weiteren Alarmierungs- und Vollübungen getestet werden.

Die Richtlinien für das zivile Melde- und Lagewesen (MeldRL) beschreiben die Verfahren, Strukturen und Inhalte für das Erstellen eines Gesamtlagebildes auf Bundesebene. Die MeldRL muss angepasst und operationalisiert werden und auch die Bedarfe der Streitkräfte umfassen. Die zivilen und militärischen Meldewege, das Meldewesen sowie die Lagedarstellung sind zu harmonisieren. Die Anwendung der MeldRL ist in Ausbildung und Übungen der Zivilen Verteidigung zu integrieren.

4. Redundanz- und Notkommunikation, VS-Kommunikation

Der Aufbau von gesicherter und standardisierter Kommunikation muss vorangetrieben und abgeschlossen werden. Das BMI muss mit den Bundesressorts sowie den Innenressorts der Länder bis zum Geheimhaltungsgrad GEHEIM Daten austauschen und telefonieren können. Flächendeckend sind schrittweise Daten- und Sprachkommunikationsmittel bis VS-NfD für die Zivile Verteidigung einzuführen, um Akteure in Bund, Länder und Kommunen zu vernetzen.

5. Objekterfassung und Objektschutz

Die Objekterfassung und Objektschutzrichtlinie die müssen zügig umgesetzt werden. Im Rahmen der Umsetzung wird evaluiert, ob und welche Bereiche der Richtlinie aktualisiert werden müssen. Nur durch die vorherige Erfassung von Liegenschaften, die für Deutschland eine herausgehobene Bedeutung haben, ist es möglich, in einer Krise zu bestehen (siehe aktualisierter Musterentwurf der Objekterfassungsrichtlinie vom 27.08.2020).

6. Identifizierung von Rechtssetzungsbedarf

Die Unterarbeitsgruppe Recht der BLoAG ZV/ZMZ untersucht die bestehenden bundes- und landesgesetzlichen Regelungen mit dem Ziel, mögliche Klarstellungs- und Anpassungsbedarfe im Bereich der Zivilen Verteidigung zu ermitteln. Bisherige Schwerpunkte der Prüfung bildeten das Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (ZSKG), die Anwendbarkeit der Leistungs-, Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze in den Bereichen Versorgung der Bevölkerung und Unterstützung der eigenen und verbündeten Streitkräfte, Fragestellungen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen sowie die Sicherstellung eines ausreichenden Einsatzkräftepotentials im Zusammenhang mit Regelungen zur Wehrpflicht. Darüber hinaus werden Regelungsbedarfe im Bereich der Zivilen Alarmplanung sowie der Objekterfassung thematisiert.

7. Geplante Rechtssetzung in der 21. Legislaturperiode

Zu Zeiten des Kalten Krieges ging man davon aus, dass zwischen Feststellung des Spannungsfalls und Feststellung des Verteidigungsfalls rund zwei Jahre liegen. Die Dauer des Spannungsfalls wäre für vorbereitende Maßnahmen verwendet worden. Heutzutage sind eine erheblich schnellere Lageverschärfung und kürzere Aufmarschzeiten zu erwarten. Aufgrund hybrider Kriegsführung werden wir bereits jetzt bedroht und angegriffen – lange vor einem Kriegsfall. Dies wird insbesondere durch die täglichen Cyberangriffe und Drohnenüberflüge deutlich.

Es muss daher bereits zum jetzigen Zeitpunkt, also in der aktuellen Lage begonnen werden, organisatorische, personelle und materielle Vorsorge zu treffen. Die Freischaltung ergänzender Befugnisse, die in den Notstandsgesetzen enthalten sind, ist regelmäßig nur nach Maßgabe des Artikel 80a GG vorgesehen, d.h. im Zustimmungs-, Spannungs-, Verteidigungs- oder im Bündnisfall.

Unter der Federführung des BMI wird daher der erforderliche Rechtssetzungsbedarf zusammengetragen. In einem „Vorverlagerungsgesetz“ sollen bislang für den Spannungs-, Bündnis-, Zustimmungs- und Verteidigungsfall reservierte Maßnahmen schon zeitlich vorher aktiviert werden können – ohne das Grundgesetz zu ändern.

Die Rechtsgrundlagen der Zivilen Verteidigung sollten so angepasst werden, dass aktuell benötigte Vorsorgemaßnahmen bereits jetzt anwendbar werden. Das derzeitige Instrument der Amtshilfe ist dafür nicht ausreichend. Ziel ist es, Bund, Ländern und Kommunen Rechts-, Handlungs- und Planungssicherheit für die erforderlichen Maßnahmen der Zivilen Verteidigung Deutschlands zu geben.

II. Säule: Zivilschutz

Zivilschutz ist der Schutz der Bevölkerung vor den im Verteidigungsfall drohenden Gefahren und bildet die zweite Säule der Zivilen Verteidigung. Der Schutz vor diesen Gefahren ist Aufgabe des Bundes und erfordert individuelle oder intensivierte Vorsorgemaßnahmen.

8. Risiko- und Krisenkommunikation

Eine wirksame Bürgerkommunikation in der Zivilen Verteidigung setzt zunächst die Schärfung der Risikowahrnehmung der Bevölkerung voraus. Die Bevölkerung muss Kenntnis und Verständnis der aktuellen Risikolage erlangen. Die einzelnen Akteure müssen sich ihrer jeweiligen Rolle bewusst sein und entsprechend einheitlich kommunizieren. Ziel der Unterarbeitsgruppe „Risiko- und Krisenkommunikation“ der BLoAG ZV/ZMZ ist eine strategische Koordinierung von Inhalten und Formaten für eine konsistente Öffentlichkeitsarbeit sowie Risiko- und Krisenkommunikation von Bund und Ländern. Bereits eingerichtet und mit ersten Inhalten gefüllt ist eine Sammlung von Produkten der Bürgerkommunikation mit gemeinsamem Zugriff. Aktuell werden gemeinsame Leitlinien und Empfehlungen für einen Abstimmungsprozess in Krisen erarbeitet.

9. Selbstschutz und Selbsthilfe

Die Bevölkerung hat einen zentralen eigenen Anteil in der Bewältigung von Krisen. Maßnahmen zur Stärkung von Selbstschutz und Selbsthilfe müssen daher bekannt sein und umgesetzt werden, von Notfallvorsorge über Hilfe von Nachbarinnen und Nachbarn und sozialen Netzwerken bis hin zur Medienkompetenz. BMI und BBK verfolgen dabei einen Allgefahrenansatz mit einer Vielzahl von Angeboten an Informationskampagnen sowie den Gemeinsamen Bevölkerungsschutztagen von Bund und Ländern an der Stärkung der Resilienz der Bevölkerung.

Des Weiteren kommt allen Akteuren im Zivil- und Katastrophenschutz - Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren, dem THW sowie den Hilfsorganisationen - eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Resilienz der Bevölkerung zu, etwa durch die Vermittlung von Grundkenntnissen des Selbstschutzes und der Selbsthilfe sowie im Brandschutz und der Ersten Hilfe.

10. Warnung der Bevölkerung

Bundesweit wird eine leistungsfähige Infrastruktur vorgehalten, um die Bevölkerung effektiv vor Gefahren zu warnen. Diese ist in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut und bei den bundesweiten Warntagen in den Jahren 2022 bis 2024 erfolgreich getestet worden. Zum Warnmittelmix gehören verschiedene Warnmittel (Sirenen, Warn-Apps, Cell Broadcast Technologie, Rundfunk und weitere Warnmittel), die ganz überwiegend über ein modulares Warnsystem zentral ansteuerbar sind. Das BBK arbeitet permanent an einer technischen Modernisierung, am weiteren Ausbau der Warnsysteme und am Anschluss weiterer Multiplikatoren, die die Warnmeldungen verbreiten können. Der Bund unterstützt die Länder auch in Zukunft beim Wiederaufbau der Sireneninfrastruktur, auch finanziell.

11. Betreuung

Zur Unterbringung von geflüchteten Personen sind entsprechend der NATO-Grundanforderungen seitens Deutschland Betreuungskapazitäten von insgesamt 2 Prozent der Wohnbevölkerung notwendig. Ein Prozent soll seitens des Bundes und ein Prozent durch die Länder sichergestellt werden.

Der Bund erarbeitet hierfür ein Gesamtkonzept zur Unterbringung und Betreuung Betroffener, das einen Mix unterschiedlicher Fähigkeiten und Unterkunftstypen vorsehen wird. Die Mobile Betreuungsreserve des Bundes für den Zivilschutz (MBM 5.000) wird ein Baustein dessen sein.

Es braucht hierzu einen Überblick über die verschiedenen Versorgungs- und Unterbringungsstrukturen in Bund und Ländern. Auf Fachebene bereits erarbeitet und im Folgenden umfassend abzustimmen ist ein Fähigkeitskonzept Betreuung, das verschiedene Fähigkeiten und Unterkunftstypen beinhaltet. Parallel wird das bereits laufende Projekt MBM 5.000 mit signifikanten Umsetzungsfortschritten weiter betrieben.

12. Zufluchts- und Schutzräume

Die Zivilbevölkerung muss vor den Gefahren militärischer Angriffe durch bauliche Maßnahmen geschützt bzw. das Schadensausmaß solcher Angriffe muss verringert werden. Ein modernes Schutzraumkonzept muss die technologischen Entwicklungen, aktuellen Risikopotentiale und auch die aktuellen Erfahrungen aus der Ukraine berücksichtigen.

Das Schutzraumkonzept umfasst dabei neben Handlungsempfehlungen zur Einrichtung von Selbstschutzräumen im eigenen Wohnraum, eine systematische Erfassung von öffentlichen zugänglichen Gebäuden, die als Zufluchtsorte genutzt werden können. Ein auf diesen Daten aufbauendes IT-Verzeichnis wird es dann Bürgerinnen und Bürgern über Warn- und Kartendienste ermöglichen, den für sie nächstgelegenen Schutzort zu ermitteln. Zudem müssen die öffentlich zugänglichen Schutz- und Zufluchtsräume als solche erkennbar sein.

Die Erarbeitung und Umsetzung dieses Konzeptes erfolgt in der Unterarbeitsgruppe Schutzräume der BLoAG ZV/ZMZ.

13. Ergänzende Zivilschutzausstattung des Bundes

Nur eine zeitgemäße und auf potenzielle Bedrohungslagen erprobte Ausstattung kann den Einsatzkräften bestmöglichen Schutz sowie effektives Handeln gewährleisten. Bund und Länder sind sich einig, dass die ergänzende Ausstattung des Bundes besonders in den Aufgabenbereichen CBRN-Schutz und Sanitätswesen in den nächsten Jahren vollständig umzusetzen. Dabei werden auch fachliche Fortentwicklungen sowie für Beschaffung erforderliche Rechtsgrundlagen überprüft. Zudem sollen die Möglichkeiten zur Erprobung der Zivilschutzausstattung ausgebaut werden. Die Erkenntnisse der Erprobungen und der Entwicklung sind notwendig, um universell verbesserte Ausstattung (Fahrzeuge, Messgeräte und persönliche Ausstattung für die Einsatzkräfte) zu beschaffen.

14. CBRN-Schutz

Im Verteidigungsfall müssen der Bund und die Länder der Bevölkerung einen umfassenden Schutz vor Gefahren hervorgerufen durch Freisetzung von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Substanzen gewährleisten (CBRN-Schutz). Die Maßnahmen des Bundes beinhalten Erkennung, Eindämmung und Bewältigung von komplexen CBRN-Schadensereignissen und Bereitstellung von Spezialfahrzeugen und Ausstattung für Messung, Detektion und Dekontamination. Diverse Szenarien und Konzepte werden derzeit erstellt und geübt, die verschiedenen Spezialfahrzeuge mit Ausstattung zur Erkundung, Messung und Dekontamination von CBRN-Gefahrstoffe befinden sich zum Teil in Beschaffung. Für einen Schutz der Bevölkerung müssen sowohl die konzeptionellen Aspekte (Szenarien und Konzepte) als auch die praktischen Aspekte (Training und Bereitstellung von Fahrzeugen und Ausstattung) vollständig umgesetzt werden.

15. Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz

Die Sanitätsmittelbevorratung ist durch die neuen Aufgaben im Rahmen der Drehscheibenfunktion Deutschlands völlig unzureichend und muss erheblich erweitert werden. Bisher können nur 0,03 Prozent der Bevölkerung für einen Dreitageszeitraum mit thermisch-traumatischen Verletzungen versorgt werden.

Künftig muss sichergestellt sein, dass sowohl die Bevölkerung sowie Kriegsflüchtlinge aus den Nachbarstaaten zuverlässig mit Sanitätsmaterial im Verteidigungsfall versorgt werden. Darüber hinaus ist die Fähigkeit zur Behandlung nach CBRN-Ereignissen aktuell nur rudimentär vorhanden. Diese Fähigkeit ist zusätzlich auszubauen.

Die Medizinische Task Force (MTF) ist die für den Verteidigungsfall und die länderübergreifende Katastrophenhilfe speziell konzipierte Fähigkeit für die Bewältigung eines sog. Massenanfalls von Verletzten (MANV). Relevante Teile der MTF sind bereits etabliert und einsatzbereit, weitere Teile müssen noch aufgebaut werden.

16. Aus- und Fortbildung

Die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) des BBK ist die zentrale Bildungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland für den Bevölkerungsschutz. Zielgruppen für die Aus- und Fortbildung bei der BABZ sind politische Verantwortungsträger, Entscheider und Fach- und Führungskräfte für Krisenlagen im Bevölkerungsschutz auf allen Ebenen.

Angesichts der zunehmenden Bedrohungen ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Akteure des Bevölkerungsschutzes über aktuelle und umfassende Kenntnisse verfügen. Eine Erweiterung und Fokussierung des Lehrangebots an der BABZ für Zivile Verteidigung ist notwendig, um den Herausforderungen einer dynamischen Bedrohungslage gerecht zu werden und innovative Ansätze zu fördern.

Entscheidend für ein effektives Krisenmanagement ist die intensivierete Weiterbildung und das regelmäßige Üben von Einsatzlagen für die Beschäftigten

bei Bund, Ländern und Kommunen, die Aufgaben in der Zivilen Verteidigung wahrnehmen.

Die BABZ hat bereits mit dem Jahresprogramm 2025 eine Fokussierung auf den Kernauftrag Zivile Verteidigung inkl. Zivilschutz vorgenommen. Dazu wurden die Ausbildungskapazitäten und das Angebot erheblich erweitert. In Abstimmung mit den Ländern wird aktuell die Ausbildung für Multiplikatoren im Bereich der Zivilen Alarmplanung (ZAP) verstärkt, mit dem Ziel bis 2026 in allen Ländern, auf Ressort- sowie auf Bezirks- und Kreisebene, Ausbildungskapazitäten für die ZAP verfügbar zu haben.

17. Technisches Hilfswerk

Das Technische Hilfswerk (THW) ist die zentrale operative Organisation des Zivilschutzes und der Katastrophenhilfe des Bundes und damit essenzieller Bestandteil der gesamtstaatlichen Verteidigung Deutschlands. Seine ehrenamtlichen Einsatzkräfte sind bei Bedarf rund um die Uhr im Einsatz, um der betroffenen Bevölkerung zu helfen und die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen zu unterstützen.

Das THW hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer modernen Zivilschutzorganisation weiterentwickelt. So ermöglicht das modulare Einsatzsystem eine flexible und schnelle Reaktion auf unterschiedliche Einsatzszenarien. Die Einheiten des THW sind so konzipiert, dass sie schnell und effizient in ganz Deutschland verlegt werden können. Dies wird durch eine standardisierte Ausstattung und Ausbildung sowie durch die enge Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen und Behörden ermöglicht. Vor dem Hintergrund der hochgradigen Spezialisierung von Einheiten an verschiedenen Standorten ist es zwingend erforderlich, dass eine regionalübergreifende Koordinierung der jeweils benötigten Fähigkeiten im THW sichergestellt ist, um dem Bedarf des Anfordernden gerecht werden zu können.

Mit seinem eigenen flächendeckenden und bundesweiten Krisenmanagementsystem ist das THW in der Lage, alarmmäßig eigene Maßnahmen zu koordinieren und logistisch zu unterstützen. So können Einheiten auch über große Entfernungen bedarfsgerecht verlegt werden.

Die Fähigkeiten des THW werden konsequent weiterentwickelt und die ehrenamtliche Basis des THW durch die Bereitstellung resilienter Liegenschaften, moderner Ausstattung, zusätzlicher digitaler Ausrüstung und optimierter Ausbildung gestärkt. Nur durch zielgerichtete Investitionen in erheblichem Umfang kann sichergestellt werden, dass das THW vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen seinen gesetzlichen Auftrag zur technischen Hilfeleistung im Zivilschutz auch weiterhin sachgerecht erfüllen kann. Dazu sollen u.a. auch die logistischen Fähigkeiten des THW weiter ausgebaut und optimiert werden.

18. Feuerwehren

Die Freiwilligen Feuerwehren und die Berufsfeuerwehren in Deutschland bilden aufgrund ihrer kommunalen Verankerung die Basis des örtlichen Bevölkerungsschutzes. Sie sind zugleich eine wichtige Säule sowohl im

Katastrophen- als auch im Zivilschutz. Die Kernaufgabe der weit überwiegend ehrenamtlich tätigen kommunalen Feuerwehren liegt dabei stets in der Brandbekämpfung und der technischen Hilfeleistung zur Abwehr von Gefahren für Leben und Gesundheit oder zum Schutz von Sachwerten. Dabei müssen sich die Feuerwehren als eine tragende Säule des Bevölkerungsschutzes auf eine Häufung von Einsatzlagen und eine Zunahme der Intensität der Schadensbilder infolge hybrider Bedrohungen, bei gezielter Sabotage oder Angriffen auf Kritische Infrastrukturen einstellen.

19. Hilfsorganisationen

Die Hilfsorganisationen spielen eine zentrale Rolle im Zivilschutz. Sie unterstützen und ergänzen die staatlichen Strukturen durch medizinische Versorgung, Evakuierung, Notunterkünfte und Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern. Durch ihre Erfahrung, ihre ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie ihre Infrastruktur bilden sie mit den Feuerwehren das Rückgrat bei der Bewältigung von Notlagen und sind – nicht zuletzt aufgrund ihrer ehrenamtlichen Struktur – ein wesentlicher Faktor zur Stärkung der Resilienz der Gesellschaft.

III. Säule: Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte

Die dritte Säule umfasst die Versorgung der Zivilbevölkerung, der Staats- und Regierungsorgane, der für den Zivilschutz und die staatliche Notfallvorsorge zuständigen Stellen sowie den Streitkräften mit den notwendigen Gütern und Leistungen. Dies ist zunächst eine gesamtstaatliche Aufgabe in der alle Ressorts des Bundes und der Länder sowie die Kommunen mit ihren Zuständigkeiten und Fähigkeiten abgestimmt zusammenwirken müssen. Zudem ist die sichere Versorgung auch in Krisenzeiten Aufgabe der KRITIS-Betreiber. Da rund 80 Prozent der KRITIS-Betreiber privatrechtliche Unternehmen sind, ist der Themenkomplex Versorgung auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Angriffe zur Störung der Infrastruktur, egal ob gezielte konventionelle oder verschleierte hybride Angriffe werden dazu genutzt werden, um die Aufmarsch- und Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte zu vermindern. Durch die Abhängigkeit der militärischen Auftragserledigung von zivilen Infrastrukturen und Fähigkeiten werden damit unmittelbare Auswirkungen auf die Lieferketten und Versorgungssituation der Bevölkerung zu erwarten sein.

20. Schutz Kritischer Infrastrukturen

Der physische Schutz von kritischen Infrastrukturen (KRITIS) ist angesichts der komplexen geopolitischen Herausforderungen wichtiger denn je. Die Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte mit kritischen Dienstleistungen wie Wasser, Strom und Lebensmitteln muss auch in Krisensituationen gewährleistet werden. In der 20. Legislaturperiode sollte die Resilienz kritischer Infrastrukturen mit dem KRITIS-Dachgesetz gestärkt werden. Der Gesetzentwurf ist aufgrund der verkürzten Legislaturperiode der Diskontinuität anheimgefallen. Die Schaffung

eines Bundesgesetzes mit sektorenübergreifenden Vorgaben zur Stärkung der Resilienz von KRITIS hat in der neuen Legislaturperiode unverändert höchste Priorität. Für die aus Bundessicht wichtigsten kritischen Infrastrukturen soll es eine Verpflichtung zum Ergreifen von physischen Maßnahmen zur Stärkung ihrer Resilienz geben, die auf Risikobewertungen und dem All-Gefahren-Ansatz beruhen, sowie eine Verpflichtung zur Meldung von Vorfällen. Mit nationalen Risikobewertungen sollen insbesondere die wechselseitigen Abhängigkeiten der kritischen Dienstleistungen stärker in den Blick genommen werden. Mit dem Gesetz soll gleichzeitig die im Januar 2023 in Kraft getretene Richtlinie (EU) 2022/2557 über die Resilienz kritischer Einrichtungen („CER-Richtlinie“) umgesetzt werden. Darüber hinaus sind weitere, ggf. auch rechtssetzende Schritte für einen wirksamen KRITIS-Schutz erforderlich.

21. Leistungs-, Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze

Die Leistungs-, Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze (LG/SVG) regeln die Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte in den Fällen des Art. 80a GG sowie teilweise bereits in Krisen unterhalb dieser Schwelle. Sie liegen je nach Inhalt in der Zuständigkeit der fachlich federführenden Ressorts. Das BMI koordiniert die eigenverantwortliche Überarbeitung der LG/SVG auch im Rahmen des zweiwöchentlichen Ressortkreises KRITIS und erhebt zudem alle zwei Jahre den aktuellen Sachstand über die LG/SVG. Diese Koordinierung muss intensiviert werden: Zum einen, um den neuen Erfordernissen in der Zivilen Verteidigung im bisherigen Rechtsrahmen ressortübergreifend Rechnung zu tragen. Erforderlich ist, staatliche Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten zu verbessern und vollzugsfähig auszugestalten. Die Aktualisierung der Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze in den einzelnen Sektoren sollte weiter vorangetrieben werden.

Zum anderen muss die notwendige Vorverlagerung der Zivilen Verteidigung effektiv gestaltet werden (vgl. Abschnitt Nr. 7 zur Rechtssetzung).

22. Gesundheitsversorgung in der Zivilen Verteidigung

Das Bundesministerium der Gesundheit (BMG) arbeitet an einem Gesundheitssicherstellungsgesetz (GeSiG). Das Kleeblattverfahren zur strategischen Patientenverlegung hat sich während der Coronapandemie und dem Ukrainekrieg bewährt. Die bereits vorhandenen Strukturen sollen bei der Erarbeitung des GeSiG in geeigneter Weise als Beispiel Berücksichtigung finden und die Zuständigkeiten müssen geklärt werden. In wie weit diese Strukturen für die Zivile Verteidigung und die Streitkräfte ausreichend sind, muss zusammen mit BMG und BMVg weiter geprüft werden.

Zusätzlich muss die Nationale Reserve Gesundheitsschutz (NRGS) im Verantwortungsbereich des BMG zügig aufgebaut werden.

IV. Säule: Unterstützung der Streitkräfte

Die vierte Säule ist die Unterstützung der Streitkräfte bei der Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit und Operationsfreiheit

durch die Zivilgesellschaft. Zivile und Militärische Verteidigung sind eng verzahnt und weisen eine gegenseitige Abhängigkeit auf. Ohne die Leistungen der Zivilen Verteidigung wird die Bundeswehr weder die Herstellung und Aufrechterhaltung ihrer Verteidigungsfähigkeit noch die Operationsfreiheit nachhaltig leisten können.

23. Integrierte Verteidigungsplanung

Militärische und zivile Verteidigung sind organisatorisch eigenständig. Sie stehen jedoch zur Gesamtverteidigung Deutschlands in einem unauflösbaren Zusammenhang und teilweise in direkter Interdependenz.

Dies betrifft u.a. die Umsetzung des neuen Host-Nation Support (HNS) Konzept der NATO durch Deutschland. Die Anforderungen als zentrale Drehscheibe in Europa können nur gesamtstaatlich, ressortübergreifend und unter Nutzung der in Deutschland verfügbaren Ressourcen erfüllt werden. Daher sind gemeinsame Strukturen und Verfahren der Koordinierung zur Bedarfsdeckung von HNS-Forderungen an Deutschland – als Bestandteil einer verzahnten Gesamtverteidigung - durch die militärischen, zivil-hoheitlichen und zivil-gewerblichen Leistungserbringer zu etablieren und zu üben.

24. Militärische Bewegungs- und Operationsfreiheit

Im Rahmen der Zivilen Verteidigung liegt ein Fokus der ZMZ auf der militärischen Bewegungs- und Operationsfreiheit.

Mit Bezug auf die Drehscheibenfunktion Deutschlands stehen dabei besonders die bündnisweite und grenzüberschreitende Verlegung von Truppen und Material im Fokus. Dies umfasst nicht nur administrative Erleichterungen im Bereich von Gefahrgut, Waffen und Munition, sondern auch die Sicherung der Transporte.

Ein weiterer, derzeit noch in Erarbeitung befindlicher Fokus, wird auf der ZMZ im Bereich verteidigungswichtiger Infrastrukturen im gesamten Kontinuum Frieden-Krise-Krieg liegen.

D. Fazit

Ziel unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik in NATO und EU ist glaubhafte Abschreckung und wirksame Verteidigung. Um dies zu gewährleisten, müssen militärische und zivile Partner Hand in Hand arbeiten. Beide Partner verfügen über Fähigkeiten, die nur wechselseitig den Schutz Deutschlands ermöglichen.

Die Zivile Verteidigung Deutschland ist dabei eine herausfordernde und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bund, Länder, Kommunen, KRITIS-Betreiber und schlussendlich die gesamte Bevölkerung müssen mitwirken. Eine zeitnahe und zielgerichtete Stärkung der Zivilen Verteidigung Deutschlands muss bis spätestens 2029 erfolgreich umgesetzt sein.

Jede Maßnahme der Zivilen Verteidigung, ist Teil der integrierten Sicherheit, unterstützt die Streitkräfte und dient der Gesamtverteidigung Deutschlands.

Zivile Verteidigung Deutschland

- Erweitertes Krisenmanagement in der Zivilen Verteidigung -

Eckpunktepapier zur Institutionalisierung
der Ressort- und Bund/Länder-übergreifenden zivilen Zusammenarbeit

Die Landes- und Bündnisverteidigung ist eine gesamtstaatliche sowie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle staatlichen Stellen in Bund und Ländern, alle Ebenen der Verwaltung bis zu den Kommunen, einschließlich der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, müssen dabei zusammenwirken. Dieses funktionale Zusammenwirken von zivilen und militärischen Strukturen ist die Gesamtverteidigung, die in den Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung (RRGV) beschrieben ist. Die RRGV vom 5. Juni 2024 sind hier eindeutig: Sie setzen eine enge Kooperation bereits in Friedenszeiten voraus. Doch eine Papierlage allein reicht nicht, um unseren Bündnisbeitrag zur wirksamen Abschreckung und Verteidigung zu leisten.

Auf der militärischen Seite erarbeitet das Operative Führungskommando der Bundeswehr (OpFüKdoBw) im Auftrag des BMVg den OPLAN DEU. Aufbauend auf dem aktuellen Bearbeitungsstand werden mit den folgenden Iterationen des OPLAN DEU die konkreten zivilhoheitlichen und zivilgewerblichen Unterstützungsleistungen bestimmt, auf die die Streitkräfte zwingend angewiesen sind und deren Erfüllung sichergestellt sein muss.

Die Zivile Verteidigung Deutschland fußt auf einem Prozess und Rahmen, in dem alle Maßnahmen eingebunden, eingeordnet und koordiniert werden. Aufgabenverteilung, Informationssteuerung und Meldewesen müssen weiter ausgearbeitet, präzisiert und in einem Lagebild zusammengeführt werden. Detailplanungen müssen regional und vor Ort erfolgen. Darauf aufbauend gilt es, die Umsetzung der Zivilen Verteidigung Deutschland weiter zu forcieren und das Tempo vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungslage zu steigern. Alle zivilen Maßnahmen sind im Frieden soweit notwendig und möglich vorzubereiten. Sie reihen sich in die staatliche Sicherheitsarchitektur ein und ergänzen die Krisenbewältigung und den Katastrophenschutz.

Zivile Verteidigung und Zivilschutz haben immer schon stattgefunden, doch in den letzten 30 Jahren nicht mit der heute nötigen Intensität. So wurde z. B. der Zivilschutz an den Bedürfnissen des Katastrophenschutzes und der Katastrophenhilfe ausgerichtet. Zweifellos waren in den letzten drei Jahrzehnten auf der zivilen Seite große Katastrophen zu bewältigen. Doch nunmehr haben die Zivile Verteidigung und der Zivilschutz wieder eine ganz zentrale Bedeutung.

Denn mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich die Bedrohungslage Deutschlands und der NATO-Bündnispartner grundlegend verändert. Nach der mit der NATO übereinstimmenden Bewertung ist Russland spätestens 2029 in der Lage, die NATO militärisch anzugreifen. Hieraus erwächst auch für Deutschland gesamtstaatlich eine unmittelbare Bedrohung. Russland produziert mehr Rüstungsgüter, als es für den Krieg gegen die Ukraine benötigt. Russland treibt die Militarisierung der Gesellschaft voran und schwört mit politischer Propaganda das Volk auf einen Kampf gegen den Westen ein. Für Russlands Wirtschaft wird der Krieg zur Existenzgrundlage. Es ist daher notwendiger denn je, Verantwortung für die europäische Sicherheit zu übernehmen und den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken.

Um den Herausforderungen, die mit dieser neuen Bedrohungslage einhergehen, wirksam begegnen zu können, reichen die bisherigen unverbindlichen Formen der Ressort- und Bundesländer-Zusammenarbeit in der Zivilen Verteidigung nicht aus. Um die koordinierende Rolle des BMI effektiv wahrnehmen zu können, müssen wir deutlich enger zusammenarbeiten und mehr Informationen austauschen. Dies erfordert gesicherte Erreichbarkeiten und Ansprechpartner sowie einen ständigen Austausch. Dies erfordert also eine stärkere Institutionalisierung der ressortübergreifenden zivilen Zusammenarbeit. Dafür ist ein effektives ressortübergreifendes Krisenmanagement des Bundes und der Länder im Rahmen der Gesamtverteidigung zwingender Bestandteil auf Grundlage der bestehenden Kompetenzordnung von Bund und Ländern.

In der Zivilen Verteidigung sind daher verbindlichere und effektivere Strukturen der Zusammenarbeit notwendig. Dies wurde auch auf der Herbstsitzung der IMK 2024 gefordert und ist auch Ziel und Gegenstand der Bund-Länderoffenen Arbeitsgruppe Zivile Verteidigung / Zivil-Militärische Zusammenarbeit (BLoAG ZV/ZMZ).

Die äußere Bedrohungslage erlaubt uns nicht, länger zu warten. Wir sind schon heute in der Pflicht, auf immer neue Bedrohungen schnell zu reagieren. Hybride Bedrohungen stellen uns vor neue Herausforderungen und testen unsere Reaktionsfähigkeit. Die bipolare Differenzierung zwischen Krieg und Frieden wird der aktuellen Bedrohungslage nicht mehr gerecht. Diese Bedrohungen realisieren sich lange vor einem militärischen Konflikt als polizeiliche Lage oder als Katastrophenfall und nutzen gezielt Zuständigkeitsgrenzen aus. Diese Bedrohungsrealität wird auch rechtliche Anpassungen im Bereich der Zivilen Verteidigung, sowohl auf Bundesebene als auch in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern nach sich ziehen müssen, um Schritt zu halten.

Ziel für die bevorstehende 21. Legislaturperiode muss die **gemeinsame Entwicklung und der kooperative Aufbau einer neuen ständigen Struktur** für ein wirksames Ressort- und Bundesländer-übergreifendes Krisenmanagement sein.

In einem ersten Schritt umfasst dies im Bereich der Zivilen Verteidigung insbesondere folgende Punkte:

- Aufbau einer gemeinsamen koordinierenden und ständigen Stabsstruktur und Stabsverfahren auf Ebene des Bundes, in die die Länder eingebunden werden. Dadurch Erhöhung der effektiven Reaktions- und Entscheidungsfähigkeit in der Zivilen Verteidigung sowie effektivere Koordinierung bei übergreifenden Lagen von nationalem Ausmaß in der bestehenden Kompetenzordnung zwischen Bund und Ländern.
- Erstellung eines aktuellen Lagebilds Inland durch Bündelung vorhandener Lageinformationen aller Bundesressorts und der Länder einschließlich von Informationen aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft.
- Gemeinsames Handeln in Bund und Ländern, z. B. bei geschützter Kommunikation, Notkommunikationsfähigkeit, Versorgungsstrukturen und der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen.
- Erproben und regelmäßiges Üben der gemeinsamen Strukturen und Mechanismen, einschließlich Planuntersuchungen.

Ausgangspunkte für das Ressort- und Bund/Länder-übergreifende Krisenmanagement sind die bestehenden Strukturen. Die Zusammenarbeit im Ressortkreis Nationales Krisenmanagement und Zivile Verteidigung (NKM/ZV), der Bund-Länderoffenen Arbeitsgruppe Zivile Verteidigung / Zivil-Militärische Zusammenarbeit (BLoAG ZV/ZMZ) sowie in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Zivile Alarmplanung (BLAG ZAPL) werden intensiviert und thematisch erweitert.

Aber ein Lagebild Inland allein reicht nicht aus. In einem weiteren Schritt muss deshalb das Lagebild Inland mit dem militärischen Lagebild (BMVg) und dem Lagebild Ausland (AA) zu einem bewerteten Gesamtlagebild der Gesamtverteidigung zusammengeführt werden.

Gesamtverteidigung geht nur gemeinsam und setzt die enge Verzahnung von ziviler und militärischer Seite voraus – besonders im Krisenmanagement.

Wir müssen jetzt beginnen.

Zivile Verteidigung Deutschland

Kurzdarstellung der Bund/Länder offenen Arbeitsgruppe ZV/ZMZ

Ein Land ist so stark und lebendig wie der Wille der Menschen es zu gestalten, dafür einzustehen und es zu verteidigen. Letzteres geriet in Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Überwindung der deutschen Teilung zunehmend in Vergessenheit. Der Ost-West-Konflikt schien überwunden und begründete die Annahme eines dauerhaften Friedens in Europa.

Neben der systematischen Verkleinerung der Bundeswehr und der dazugehörigen Wehrverwaltung trat auch die Zivile Verteidigung seit Mitte der 90er Jahre immer mehr in den Hintergrund und muss wiederbelebt werden - nicht nur in der politischen Diskussion, auch in der zivilen Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie das Technische Hilfswerk (THW) wurden in Folge dessen auf Unterstützung bei Naturkatastrophen ausgerichtet. Der Zivilschutz, als Schutz vor kriegsbedingten Gefahren, trat in den Hintergrund.

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist die Notwendigkeit der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes wieder in das Bewusstsein zurückgekehrt.

Mit dem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr wurden erste politische Schritte unternommen. Doch die punktuelle finanzielle Unterstützung einzelner militärischer Fähigkeiten ist zum Aufbau einer Gesamtverteidigung nicht ausreichend. Notwendig für eine wirksame Gesamtverteidigung sind der Aufbau und das systematische Ineinandergreifen der militärischen und zivilen Strukturen sowie die notwendige finanzielle und personelle Stärkung auf allen Ebenen. Hieran arbeiten Bund und Länder gemeinsam, ob als Neustart oder Pakt für die Zivile Verteidigung Deutschland.

Ausgangspunkt für die militärischen und zivilen Verteidigungsplanungen ist unsere Gefährdungsbewertung, die wir gemeinsam mit den NATO-Bündnispartnern vorgenommen haben. Russland hat auf eine Kriegswirtschaft umgestellt und rüstet viel stärker auf, als es nur der Krieg in der Ukraine erforderlich macht. Nach dieser Bewertung könnte Russland spätestens ab 2029 in der Lage sein, das NATO-Bündnisgebiet militärisch anzugreifen.

Die NATO hat im Einklang damit ihre Verteidigungsplanung angepasst. Deutschland ist kein Frontstaat, aber hat als Drehscheibe für Militärtransporte, für Nachschub, Versorgung und Unterbringung von Soldaten und Flüchtlingen eine herausgehobene Bedeutung. Dies bildet sich im militärischen Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) ab, der die Anforderungen der NATO zur Verteidigung des Bündnisgebiets für Deutschland operationalisiert.

Der OPLAN DEU bildet das notwendige Verbindungsstück zur zivilen Verteidigungsplanung. Er kann militärisch nur bei umfangreicher ziviler Unterstützung umgesetzt werden und hat damit erhebliche Auswirkungen auf die zivile Seite. Denn was bislang lediglich abstrakte Fähigkeitsbeschreibung war, muss jetzt konkret ausgewiesen, geplant und beübt werden.

Die mit der NATO-Planung einhergehende Fokussierung auf konkrete Anforderungen an Deutschland als Drehscheibe macht darüber hinaus auch in der Politik konkret deutlich, dass

im Bereich der Zivilen Verteidigung finanziell und personell investiert werden muss, um konkrete Fähigkeiten aufzubauen und vorzuhalten. Dabei geht es nicht nur um Energiespeicher und Lebensmittellager, sondern insbesondere auch um den Aufbau krisenfester Kommunikationskanäle und Infrastrukturen. Wir brauchen etablierte, leistungsfähige und sichere zivile Strukturen, um in jeder Krise schnell und wirksam, besonders in Kooperation mit dem BMVg und den Streitkräften, reagieren zu können.

Zur Koordination der Aufgaben, die im Rahmen der Zivilen Verteidigung Deutschland auf Bund und Länder zukommen, hat die Innenministerkonferenz die Bund/Länder offene Arbeitsgruppe Zivile Verteidigung/Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (BLoAG ZV/ZMZ) beauftragt. Darin bearbeiten die Innenressorts von Bund und Ländern in enger Kooperation mit BMVg, BBK, THW und Bundeswehr alle Säulen der Zivilen Verteidigung: (1) Die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, (2) den Zivilschutz, (3) die Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte sowie (4) die Unterstützung der Streitkräfte.

Die BLoAG ZV/ZMZ identifiziert relevante Themen, adressiert sie an zuständige Fachgremien und Ressorts oder bearbeitet Themen in Unterarbeitsgruppen selbst (derzeit: Recht, Schutzräume sowie Risiko- und Krisenkommunikation).

Die rechtlichen Grundlagen müssen in Hinblick auf die veränderte Rolle Deutschlands neu bewertet und ggf. angepasst werden. Sowohl auf militärischer als auch auf ziviler Seite braucht es klare und belastbare Regelungen mit wirksamen Instrumenten, auch vor Feststellung eines möglichen Spannungsfalls. Dazu wird in der BLoAG ZV/ZMZ bereits das geltende Recht auf seine Wirksamkeit hin überprüft, was die Prüfung etwaiger Rechtsänderungen einschließt. Sollte es notwendig sein, muss auch der rechtliche Rahmen des Grundgesetzes in diese Prüfung einbezogen werden.

Nach der Gefährdungsbewertung muss spätestens bis 2029 die Zivile Verteidigung in Deutschland ertüchtigt sein. Hierzu sind folgende Maßnahmen aus Sicht der BLoAG ZV/ZMZ notwendig:

1. Säule: Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktion

- Auf- und Ausbau der Zivilen Alarmplanung, damit im Verteidigungsfall alle Behörden in Bund, Ländern und Kommunen schnell, effektiv und abgestimmt handeln.
- Aufbau eines flächendeckenden zivilen Melde- und Lagewesens, das mit der militärischen Seite verknüpft ist.
- Aufbau einer geschützten und krisenfesten Kommunikation zwischen Bund und Ländern unter Einbeziehung der Kommunen.
- Vorbereitung des Objektschutzes im Rahmen der Objektschutzrichtlinie.
- Verbesserung der Zusammenarbeit von Krisenstäben in Bund und Ländern unter Einbeziehung der LÜKEX-Übungen.

2. Säule: Zivilschutz

- Weiterer Ausbau der bundesweiten Warninfrastruktur und Intensivierung des Wiederaufbaus der Sirenen im Warnmittelmix.
- Vorbereitung zur Unterbringung von Kriegsflüchtlings durch Erfassung und Aufbau der erforderlichen Versorgungs- und Unterbringungsstrukturen in Bund und Ländern einschließlich Fortsetzung des Projektes „Mobiles Betreuungsmodul 5.000“.

- Selbstschutz und Selbsthilfe müssen im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden.
- Potentielle Zufluchtsräume müssen identifiziert und für die Bevölkerung auch digital kenntlich gemacht werden.
- Bündnisweite Patientenverlegungen sowie Medizinische Task Forces und Dekontaminationsfähigkeiten in den Ländern müssen ausgebaut werden.
- Vollständige Beschaffung und gefährdungsspezifischer Schwerpunktausbau der ergänzenden Ausstattung des Bundes für den Katastrophenschutz der Länder. Dazu gehört insbesondere der Ausbau der Fähigkeiten zum Schutz vor chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Substanzen (CBRN) durch die Bereitstellung von Fahrzeugen und Ausrüstung.
- Erweiterung der Aus- und Fortbildung im Bereich Zivile Verteidigung an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) des BBK.
- Stärkung des THW als zentrale operative Organisation des Zivilschutzes und der Katastrophenhilfe des Bundes durch Investitionen in moderne Ausrüstung und Ausstattung sowie in digitale Infrastruktur; Ausbau der Logistik, der Ausbildung und der CBRN-Fähigkeiten. Erhalt der bundesweiten Präsenz durch Investitionen in resiliente THW-Liegenschaften.

3. Säule: Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte

- Das KRITIS-Dachgesetz muss als ein Eckpfeiler des Schutzes der kritischen Infrastruktur in Deutschland zwischen Bund und Ländern abgestimmt und schnellstmöglich zur Anwendung gebracht werden.
- Überprüfung und Erweiterung der Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze und deren Umsetzung mit Blick auf die veränderte Bedrohungslage.
- Nationale Reserven müssen verstärkt werden, wie beispielsweise die Nationale Reserve Gesundheitsschutz (NRGS), die eingerichtet und rechtlich verankert werden muss.

4. Säule: Unterstützung der Streitkräfte

- Die schnelle und belastbare Unterstützung der Streitkräfte setzt voraus, dass die öffentlichen und privaten Stellen die geforderten Leistungen zeitgerecht erbringen können.
- Hierzu sind insbesondere die vorgenannten Maßnahmen in Bund und Ländern umzusetzen – weitere Maßnahmen werden folgen müssen.

Ziel unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik in NATO und EU ist glaubhafte Abschreckung und wirksame Verteidigung. Um dies zu gewährleisten, müssen militärische und zivile Partner Hand in Hand arbeiten. Beide Partner verfügen über Fähigkeiten, die nur wechselseitig den Schutz Deutschlands ermöglichen.

Die Zivile Verteidigung Deutschlands gibt es nicht zum Nulltarif. Wir sind essentieller Partner der Streitkräfte – Gesamtverteidigung geht nur gemeinsam. Wir, das sind die in Bund, Ländern und Kommunen lebenden Menschen in Deutschland.

Zivile Verteidigung Deutschland

Kurzdarstellung der Bund/Länder offenen Arbeitsgruppe ZV/ZMZ

Ein Land ist so stark und lebendig wie der Wille der Menschen es zu gestalten, dafür einzustehen und es zu verteidigen. Letzteres geriet in Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Überwindung der deutschen Teilung zunehmend in Vergessenheit. Der Ost-West-Konflikt schien überwunden und begründete die Annahme eines dauerhaften Friedens in Europa.

Neben der systematischen Verkleinerung der Bundeswehr und der dazugehörigen Wehrverwaltung trat auch die Zivile Verteidigung seit Mitte der 90er Jahre immer mehr in den Hintergrund und muss wiederbelebt werden - nicht nur in der politischen Diskussion, auch in der zivilen Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie das Technische Hilfswerk (THW) wurden in Folge dessen auf Unterstützung bei Naturkatastrophen ausgerichtet. Der Zivilschutz, als Schutz vor kriegsbedingten Gefahren, trat in den Hintergrund.

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist die Notwendigkeit der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes wieder in das Bewusstsein zurückgekehrt.

Mit dem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr wurden erste politische Schritte unternommen. Doch die punktuelle finanzielle Unterstützung einzelner militärischer Fähigkeiten ist zum Aufbau einer Gesamtverteidigung nicht ausreichend. Notwendig für eine wirksame Gesamtverteidigung sind der Aufbau und das systematische Ineinandergreifen der militärischen und zivilen Strukturen sowie die notwendige finanzielle und personelle Stärkung auf allen Ebenen. Hieran arbeiten Bund und Länder gemeinsam, ob als Neustart oder Pakt für die Zivile Verteidigung Deutschland.

Ausgangspunkt für die militärischen und zivilen Verteidigungsplanungen ist unsere Gefährdungsbewertung, die wir gemeinsam mit den NATO-Bündnispartnern vorgenommen haben. Russland hat auf eine Kriegswirtschaft umgestellt und rüstet viel stärker auf, als es nur der Krieg in der Ukraine erforderlich macht. Nach dieser Bewertung könnte Russland spätestens ab 2029 in der Lage sein, das NATO-Bündnisgebiet militärisch anzugreifen.

Die NATO hat im Einklang damit ihre Verteidigungsplanung angepasst. Deutschland ist kein Frontstaat, aber hat als Drehscheibe für Militärtransporte, für Nachschub, Versorgung und Unterbringung von Soldaten und Flüchtlingen eine herausgehobene Bedeutung. Dies bildet sich im militärischen Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) ab, der die Anforderungen der NATO zur Verteidigung des Bündnisgebiets für Deutschland operationalisiert.

Der OPLAN DEU bildet das notwendige Verbindungsstück zur zivilen Verteidigungsplanung. Er kann militärisch nur bei umfangreicher ziviler Unterstützung umgesetzt werden und hat damit erhebliche Auswirkungen auf die zivile Seite. Denn was bislang lediglich abstrakte Fähigkeitsbeschreibung war, muss jetzt konkret ausgewiesen, geplant und beübt werden.

Die mit der NATO-Planung einhergehende Fokussierung auf konkrete Anforderungen an Deutschland als Drehscheibe macht darüber hinaus auch in der Politik konkret deutlich, dass

im Bereich der Zivilen Verteidigung finanziell und personell investiert werden muss, um konkrete Fähigkeiten aufzubauen und vorzuhalten. Dabei geht es nicht nur um Energiespeicher und Lebensmittellager, sondern insbesondere auch um den Aufbau krisenfester Kommunikationskanäle und Infrastrukturen. Wir brauchen etablierte, leistungsfähige und sichere zivile Strukturen, um in jeder Krise schnell und wirksam, besonders in Kooperation mit dem BMVg und den Streitkräften, reagieren zu können.

Zur Koordination der Aufgaben, die im Rahmen der Zivilen Verteidigung Deutschland auf Bund und Länder zukommen, hat die Innenministerkonferenz die Bund/Länder offene Arbeitsgruppe Zivile Verteidigung/Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (BLoAG ZV/ZMZ) beauftragt. Darin bearbeiten die Innenressorts von Bund und Ländern in enger Kooperation mit BMVg, BBK, THW und Bundeswehr alle Säulen der Zivilen Verteidigung: (1) Die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, (2) den Zivilschutz, (3) die Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte sowie (4) die Unterstützung der Streitkräfte.

Die BLoAG ZV/ZMZ identifiziert relevante Themen, adressiert sie an zuständige Fachgremien und Ressorts oder bearbeitet Themen in Unterarbeitsgruppen selbst (derzeit: Recht, Schutzräume sowie Risiko- und Krisenkommunikation).

Die rechtlichen Grundlagen müssen in Hinblick auf die veränderte Rolle Deutschlands neu bewertet und ggf. angepasst werden. Sowohl auf militärischer als auch auf ziviler Seite braucht es klare und belastbare Regelungen mit wirksamen Instrumenten, auch vor Feststellung eines möglichen Spannungsfalls. Dazu wird in der BLoAG ZV/ZMZ bereits das geltende Recht auf seine Wirksamkeit hin überprüft, was die Prüfung etwaiger Rechtsänderungen einschließt. Sollte es notwendig sein, muss auch der rechtliche Rahmen des Grundgesetzes in diese Prüfung einbezogen werden.

Nach der Gefährdungsbewertung muss spätestens bis 2029 die Zivile Verteidigung in Deutschland ertüchtigt sein. Hierzu sind folgende Maßnahmen aus Sicht der BLoAG ZV/ZMZ notwendig:

1. Säule: Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktion

- Auf- und Ausbau der Zivilen Alarmplanung, damit im Verteidigungsfall alle Behörden in Bund, Ländern und Kommunen schnell, effektiv und abgestimmt handeln.
- Aufbau eines flächendeckenden zivilen Melde- und Lagewesens, das mit der militärischen Seite verknüpft ist.
- Aufbau einer geschützten und krisenfesten Kommunikation zwischen Bund und Ländern unter Einbeziehung der Kommunen.
- Vorbereitung des Objektschutzes im Rahmen der Objektschutzrichtlinie.
- Verbesserung der Zusammenarbeit von Krisenstäben in Bund und Ländern unter Einbeziehung der LÜKEX-Übungen.

2. Säule: Zivilschutz

- Weiterer Ausbau der bundesweiten Warninfrastruktur und Intensivierung des Wiederaufbaus der Sirenen im Warnmittelmix.
- Vorbereitung zur Unterbringung von Kriegsflüchtlingsen durch Erfassung und Aufbau der erforderlichen Versorgungs- und Unterbringungsstrukturen in Bund und Ländern einschließlich Fortsetzung des Projektes „Mobiles Betreuungsmodul 5.000“.

- Selbstschutz und Selbsthilfe müssen im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden.
- Potentielle Zufluchtsräume müssen identifiziert und für die Bevölkerung auch digital kenntlich gemacht werden.
- Bündnisweite Patientenverlegungen sowie Medizinische Task Forces und Dekontaminationsfähigkeiten in den Ländern müssen ausgebaut werden.
- Vollständige Beschaffung und gefährdungsspezifischer Schwerpunktausbau der ergänzenden Ausstattung des Bundes für den Katastrophenschutz der Länder. Dazu gehört insbesondere der Ausbau der Fähigkeiten zum Schutz vor chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Substanzen (CBRN) durch die Bereitstellung von Fahrzeugen und Ausrüstung.
- Erweiterung der Aus- und Fortbildung im Bereich Zivile Verteidigung an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) des BBK.
- Stärkung des THW als zentrale operative Organisation des Zivilschutzes und der Katastrophenhilfe des Bundes durch Investitionen in moderne Ausrüstung und Ausstattung sowie in digitale Infrastruktur; Ausbau der Logistik, der Ausbildung und der CBRN-Fähigkeiten. Erhalt der bundesweiten Präsenz durch Investitionen in resiliente THW-Liegenschaften.

3. Säule: Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte

- Das KRITIS-Dachgesetz muss als ein Eckpfeiler des Schutzes der kritischen Infrastruktur in Deutschland zwischen Bund und Ländern abgestimmt und schnellstmöglich zur Anwendung gebracht werden.
- Überprüfung und Erweiterung der Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze und deren Umsetzung mit Blick auf die veränderte Bedrohungslage.
- Nationale Reserven müssen verstärkt werden, wie beispielsweise die Nationale Reserve Gesundheitsschutz (NRGS), die eingerichtet und rechtlich verankert werden muss.

4. Säule: Unterstützung der Streitkräfte

- Die schnelle und belastbare Unterstützung der Streitkräfte setzt voraus, dass die öffentlichen und privaten Stellen die geforderten Leistungen zeitgerecht erbringen können.
- Hierzu sind insbesondere die vorgenannten Maßnahmen in Bund und Ländern umzusetzen – weitere Maßnahmen werden folgen müssen.

Ziel unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik in NATO und EU ist glaubhafte Abschreckung und wirksame Verteidigung. Um dies zu gewährleisten, müssen militärische und zivile Partner Hand in Hand arbeiten. Beide Partner verfügen über Fähigkeiten, die nur wechselseitig den Schutz Deutschlands ermöglichen.

Die Zivile Verteidigung Deutschlands gibt es nicht zum Nulltarif. Wir sind essentieller Partner der Streitkräfte – Gesamtverteidigung geht nur gemeinsam. Wir, das sind die in Bund, Ländern und Kommunen lebenden Menschen in Deutschland.